

Parlament

Worb, 17. September 2025

434. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 8. September 2025, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:00 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Marchand Andy (FDP), 1. Vizepräsident (bis Geschäft Nr. 1) Juliano Philipp (SVP), Präsident (ab Geschäft Nr. 2)
1. Vizepräsident	Marchand Andy (FDP)
2. Vizepräsidentin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
1. Stimmzähler	Stähli Naemi (Mitte)
2. Stimmzählerin	Günther Charlotte (SP)
Mitglieder	Ataç Şengül (Grüne) Burkhard Urs (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) Kühni Reto (Grüne) Mosimann Heidi (Grüne) Bieri Marianne (FDP) Hager Rolf (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Schmidhalter Norbert (FDP) Stucki Daniel (FDP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Jorio Marco (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Spahr Daniela (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Brentani Barbara (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Thomet Katharina (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Federer Guido (SP) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Maurer Rolf (SP) Wyss Ursula (SP)

Abwesend	Bigler Markus (SVP) Bützberger Ernst (Mitte) Hofmann Danilo (Mitte) Holländer Michael (SVP) Wirth Alfred (SP) Zürcher Deborah (parteilos)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Fivian Bruno Gerber Urs Hauser Adrian Moser Christoph Zingg Stephan
Abwesend	Kölliker Lenka
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 10/0/1 Parlament, Büro
Parlament; Konstituierung für das Jahr 2025, Präsident/in: Ersatzwahl
2. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
3. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2025: Genehmigung
4. 10/1/2 Geschäftsprüfungskommission
Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl Mitglied für die Jahre 2025 bis 2028
5. 10/1/2 Geschäftsprüfungskommission
Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl Vizepräsident/in für die Jahre 2025 und 2026
6. 12/10/5 Leitbild und Regierungsrichtlinien
Zukunftsbild und Legislaturziele 2025 – 2029 des Gemeinderates: Kenntnisnahme
7. 14/11 Kulturelle Institutionen
"Einführung der KulturLegi", Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
8. 16/71 Freihandbibliothek
"Bibliothek Rüfenacht – neue Überbauung bietet neue Chancen", Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 32/2/6 Schulanlage Wattenwil-Bangerten (Parzelle 34)
Einbau Gemeinschaftsraum Wattenwil-Bangerten; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
10. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Wahl 2. Stimmenzähler

Beschluss:

Da sich Ernst Bützberger, Mitte für die Sitzung entschuldigt hat, wird Naemi Stähli, Mitte als Ersatzstimmenzählerin für die Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Parlament; Konstituierung für das Jahr 2025, Präsident/in: Ersatzwahl

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 434	08.09.2025	1	2025/28-34	38855	10/0/1

1. Vizepräsident Marchand Andy: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil Stephan Zingg, wie ich es einleitend schon gesagt habe, per 1. August 2025 aus dem Parlament ausgetreten ist und die Nachfolge von Karin Waber im Gemeinderat angetreten hat. Für das Amt der Präsidentin oder des Präsidenten liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag der SVP lautend auf Philipp Juliano vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Somit darf ich in der Ausübung meines Amtes als erster Vizepräsident in Anwendung von Artikel 68 der Geschäftsordnung des Parlaments als in stiller Wahl gewählt Philipp Juliano, SVP deklarieren. Herzliche Gratulation und damit bitte ich dich, jetzt nach vorne zu kommen. Dann darf ich Platz wechseln. Damit wären wir vollzählig und dann verlasse ich das Mikrofon, besten Dank.

Ratspräsident Juliano Philipp: Ich möchte mich recht herzlich bedanken für die Wahl und besten Dank für das Vertrauen in dem Sinne. Es ist mir eine Ehre, die Leitung für die kommenden vier Parlamentssitzungen übernehmen zu dürfen. Trotz meiner kurzen Zeit als Parlamentarier, die ich erst seit dem Frühling 2025 ausüben durfte, werde ich bemüht sein, Parlamentspräsident für alle zu sein, unabhängig von der Parteienangehörigkeit. Ein Dank an Stephan Zingg für seine gute Parlamentsführung in der ersten Jahreshälfte. Ich hoffe, dass ich das annähernd auch so gut umsetzen kann. Ich wünsche Stephan Zingg alles Gute im Departement Soziales. Die laufende Legislatur wird uns sicher wie bisher fordern. Ich wünsche mir für die laufenden und künftigen Geschäfte, dass geachtet wird, dass das Geld der Gemeinde Worb, das zur Verfügung steht, richtig und gut eingesetzt wird. Ich wünsche allen für die weitere Zeit alles Gute unter meiner Leitung und ich hoffe, dass mir in dieser Zeit wenig Fehler passieren werden.

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 434	08.09.2025	2	2025/28-35	38856	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich orientiere gerne über die aktuelle Situation in der Sportzentrum Worb AG. Wir haben vor einiger Zeit für heute ein Nachkreditgeschäft angemeldet, mit dem die Liquidität in der Sportzentrum Worb AG hätte gesichert werden sollen. Nach Rücksprache mit dem neuen Verwaltungsrat haben wir dieses Geschäft aber wieder von der Traktandenliste genommen. Ich komme später noch einmal darauf zurück. Jetzt schön der Reihe nach. Der neue Verwaltungsrat hat seine Arbeit in der Sportzentrum Worb AG am 1. Juli aufgenommen und ist mittlerweile seit zwei Monaten im Amt. Ihr kennt die Mitglieder, es ist Marc Stucki als Präsident, dann Thomas Schmidlin, Sven Christensen, der uns bestens bekannt ist, und noch Dave Santschi. Diese vier bilden den neuen Verwaltungsrat. Eine Delegation dieses Verwaltungsrates hat

den Gemeinderat an der Sitzung vom 1. September im Rahmen des üblichen Quartalsgesprächs über den Wislepark orientiert. Die Delegation bestand aus Marc Stucki, dem neuen Verwaltungsratspräsidenten und dem Verwaltungsratsmitglied Thomas Schmidlin, der für die Finanzen zuständig ist. Der Gemeinderat ist dabei über den Geschäftsverlauf des Wislepark im ersten Halbjahr 2025 orientiert worden, während dem die Sportzentrum Worb AG ja bekanntlich aber noch unter der Leitung des früheren Verwaltungsrates stand. Der Verwaltungsrat hat uns aber dann auch über den Stand seiner Arbeit informiert und zwar in Bezug auf die Liquidität und in Bezug auf die anstehenden Bauprojekte Zur Liquidität: Der Verwaltungsrat ist derzeit intensiv daran, sich ein eigenes Bild zur Liquidität und zu einer allenfalls nötigen Liquiditätsreserve zu machen. Er will für dieses Geschäft bewusst verlässliche und verständliche Grundlagen schaffen, sobald diese Vorlagen vorliegen, wird er bei uns vorstellig werden, so dass das Geschäft dann politisch ordentlich vorbereitet und dann schliesslich im Parlament behandelt werden kann. Zu den vorgesehenen baulichen Massnahmen: Auch hier ist der Verwaltungsrat aktuell daran, die Notwendigkeit dieser Massnahmen und auch die Bedürfnisse des Wislepark zu klären und vor allem eine eigene klare Haltung dazu auszuarbeiten. Sobald ein Konzept vorliegt, das aus seiner Sicht zweckmässig, zielführend und gemäss seinen Einschätzungen auch finanzierbar ist, werden wir auch hierzu in den politischen Prozess einsteigen. Der Gemeinderat stellt fest, dass der neue Verwaltungsrat seine Aufgaben seriös, zielstrebig und auch mit hoher Intensität an die Hand genommen hat. Für uns ist wichtig, dass der neue Verwaltungsrat seine Arbeit mit dem nötigen Zeitbedarf bearbeiten kann. Wir begrüessen es, dass der Verwaltungsrat die anstehenden Geschäfte fundiert vorbereitet und die Politik bewusst nicht vorschnell mit halbfertigen Unterlagen abspesen will. Aus diesem Grund sind wir dem Anliegen des neuen Verwaltungsrates gerne gefolgt und haben, wie anfänglich erwähnt, das bereits angekündigte Nachkreditgeschäft zur Sanierung der Liquidität wieder von der heutigen Traktandenliste genommen. Wir haben uns mit dem Verwaltungsrat geeinigt, dass ein Austausch mit der Kommission erst dann stattfinden kann, wenn sich der Verwaltungsrat ausreichend mit den Herausforderungen des Wislepark auseinandergesetzt und eine eigene Haltung dazu entwickelt hat. Wir vertrauen dem neuen Verwaltungsrat und sind gespannt, welche Pläne und Überlegungen er der Politik zur Zukunft des Wislepark vorlegen wird. Ich weise im Übrigen gerne darauf hin, dass der Jahresbericht 2024 der Sportzentrum Worb AG auf der Webseite www.wislepark.ch aufgeschaltet ist, ihr findet den aktuellen Jahresbericht und auch alle früheren Jahresberichte unter der Rubrik "Über uns".

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Soziales: Ich komme als Departementsvorsteher Soziales nach vorne, habe aber zwei Mitteilungen, die das nicht betreffen. Die erste Mitteilung ist, dass ich euch als Stellvertreter des Departements Finanzen in Abwesenheit von Lenka Kölliker informiere, dass das Budget und die Finanzplanung nicht wie vorgesehen in der nächsten Sitzung, sondern erst in der Sitzung vom 10. November beraten werden. Grund dafür sind diverse Überarbeitungen der Papiere. Die zweite Mitteilung betrifft noch den Hut, den ich noch als Parlamentspräsident hatte. Es geht um den Parlamentsausflug von diesem Freitag. Ich habe gesagt, diesen führe ich noch durch. Ich danke allen, die sich für den Anlass angemeldet haben. Ich habe das Gefühl, es gibt eine gute Sache. Das Wetter stimmt, die Langzeitprognose ist sehr gut. Ich bin froh, wenn am Schluss der Sitzung Adrian Hodler, Matthias Marthaler, Urs Burkard, Stefan Meister, Bruno Fivian, Adrian Hauser und Silvia Moser noch zu mir kommen könnten, damit wir den letzten Schliff geben können.

Ratspräsident Juliano Philipp: Danke, Stephan Zingg für die Erläuterungen. Wie ihr eben gehört habt, werden die Geschäfte Finanzplanung und Budget 2026 auf die Novembersitzung verschoben. Da nun für die Oktober Sitzung nur noch ein Vorstoss zur Behandlung übrig bleibt, wird das Büro des Parlaments voraussichtlich die Sitzung vom 13. Oktober 2025 absagen. Ihr werdet jedoch noch schriftlich über den definitiven Entscheid informiert.

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Liebe Paula, heute ist deine letzte Sitzung im Worber Parlament, bevor für dich ein neues und spannendes Kapitel mit deinem Studium im Ausland anfängt. Du bist seit 2021 als eine der jüngsten hier im Parlament tätig und hast dich hier mit sehr grossem Engagement eingebracht. Man kann auch sagen, du hast das Durchschnittsalter hier im Rat ein bisschen heruntergebracht, was sicher gut ist und deine Beiträge, die sind immer sachlich klar und pointiert gewesen. Für uns warst du immer eine bereichernde und erfrischende Stimme im Rat. Jetzt möchte ich dir im Namen der Grünen ganz herzlich für dein Wirken und für deinen Einsatz im Sinne der Worber Bevölkerung, danken. Als kleines Zeichen unserer Wertschätzung möchten wir dir dieses Fresspaket überreichen, sozusagen als Proviant, damit du mit viel Energie und Freude dein Studium starten kannst und dich am neuen Ort einleben. Wir wünschen dir von Herzen alles Gute, viel Freude und Erfolg auf deinem weiteren Lebensweg.

Günther Paula, Grüne: Wie Mirjam schon gesagt hat, ist es nicht so, dass ich keinen Bock mehr habe, sondern dass ich mein Masterstudium im Ausland anfangen und deswegen leider zurücktreten muss. Ich habe ein weinendes und ein lachendes Auge. Ich möchte mich ganz herzlich bei euch, meinen Kolleginnen und Kollegen, den Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dem Gemeinderat, den Behörden und insbesondere natürlich bei meiner Partei, den Grünen, bedanken. Ich durfte jetzt fast fünf Jahre hier im Parlament sein und habe sehr viel gelernt und durfte stets wachsen. Es hat mir immer viel Freude bereitet, mit euch zu politisieren und zu diskutieren. Besonders dankbar bin ich der Stimmbevölkerung und eben den Grünen für euer Vertrauen, dass ich schon mit 18 hier im Parlament anfangen konnte. Das war schon sehr, sehr cool und sehr besonders. Also vielen Dank und was mich über die Jahre immer besonders gefreut hat, ist, dass ich immer den Eindruck hatte, dass es allen wirklich um das Beste für Worb und nicht irgendwie darum ging, irgendwelche Ideologien durchzusetzen, sondern dass wir wirklich gemeinsam für Worb arbeiten und nicht gegeneinander. Ich hoffe, das bleibt so. Jetzt wünsche ich euch allen einfach nur das Beste und ich freue mich, euch vielleicht früher oder später wieder im Dorf zu sehen, wenn ich zu Besuch bin. Vielen Dank für diese fast fünf Jahren mit euch.

Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 2025: Genehmigung

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 3	Beschlussnummer 2025/28-36	Geschäftsnummer 38856	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl Mitglied für die Jahre 2025 bis 2028

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 4	Beschlussnummer 2025/28-37	Geschäftsnummer 38857	Archivnummer 10/1/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Ratspräsident Juliano Philipp: Die Ersatzwahl ist erforderlich, da Gregory Graf (FDP) per Ende Juli 2025 aus der Geschäftsprüfungskommission zurückgetreten ist. Es gibt keine Eintretensdebatte, da der Rat gemäss Gemeindeordnung zur Behandlung verpflichtet ist. Es liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag lautend auf Elena Lanfranconi (FDP) vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das scheint nicht der Fall zu sein, somit erkläre ich in Anwendung von Artikel 68 der Geschäftsordnung des Parlaments als in stiller Wahl gewählt: Elena Lanfranconi (FDP). Ich gratuliere.

Geschäftsprüfungskommission: Ersatzwahl Vizepräsident/in für die Jahre 2025 und 2026

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 5	Beschlussnummer 2025/28-38	Geschäftsnummer 38857	Archivnummer 10/1/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Ratspräsident Juliano Philipp: Die Ersatzwahl ist erforderlich, da Grégory Graf (FDP) per Ende Juli 2025 aus der Geschäftsprüfungskommission zurückgetreten ist. Es gibt keine Eintretensdebatte, da der Rat gemäss Gemeindeordnung zur Behandlung verpflichtet ist. Für das Amt der Vizepräsidentin bzw. des Vizepräsidenten liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag lautend auf Myriam Gerber von den Grünen vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit erkläre ich in Anwendung von Artikel 68 der Geschäftsordnung des Parlaments als in stiller Wahl gewählt: Myriam Gerber von den Grünen. Herzliche Gratulation.

Zukunftsbild und Legislaturziele 2025 – 2029 des Gemeinderates: Kenntnissnahme

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 6	Beschlusnummer 2025/28-39	Geschäftsnummer 38570	Archivnummer 12/10/5
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Jorio Marco, GPK: Die GPK hat sich das Papier angeschaut und vor allem auch die Entstehungsgeschichte. Das war dank einer guten Dokumentation, die uns zur Verfügung gestellt wurde, möglich. Wir stellen da eindeutig eine Verbesserung fest, für welche die GPK dankbar ist. So lagen auch die Offerten für die externe Begleitung vor. Den Unterlagen ist dann aber nicht zu entnehmen, warum von den drei offerierenden Firmen ausgerechnet die Firma Federas gewählt wurde. Es ist auch nicht ganz klar, wer bei den Analysen und den Workshops mitgewirkt hat. Es sind bei uns auch ganz leise Zweifel aufgekommen, ob es wirklich eine externe Firma für 15'000 Franken braucht, um die Erarbeitung dieser doch relativ einfachen Legislaturzielen zu coachen. Kann das nicht der Gemeindepräsident oder der Gemeindeschreiber? Positiv ist anzumerken, dass die Qualität und vor allem die Messbarkeit der Ziele zugenommen hat, es gibt aber auch einige schwache Ziele, die nicht gerade SMART sind. Drei Ziele wollen nur einen Anstieg anvisieren. Zum Beispiel: Die Nachfrage nach Deutschkursen ist angestiegen oder die Zahl der Insektenarten nimmt zu. Was ist die Ausgangsbasis? Wie stark soll was steigen? Wenn eine neue Insektenart durch Worb fliegt, ist dann das Ziel erreicht? Luftig ist auch das Ziel "Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sind abgeklärt". Das ist eigentlich eine Daueraufgabe oder gibt es da ein Projekt, um diese Zusammenarbeit auszuloten? Erfreulich ist, dass die Ziele übersichtlich gruppiert sind und offenbar nicht jedes Departement auf Teufel komm raus, irgendwelche Ziele formulieren musste.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Warum wurde der Anbieter Federas ausgewählt? Der Gemeinderat hat am 4. November 2024 beschlossen, dass drei Unternehmen für die externe Begleitung zur Offertstellung eingeladen werden. Es ist also der Will des Gemeinderates, dass es hier eine externe Begleitung für diesen Prozess gib. Zwei der eingeladenen Firmen haben eine Offerte eingereicht, die dritte hat aus Kapazitätsgründen mitgeteilt, dass sie diese Arbeit derzeit nicht seriös bearbeiten kann, weil die personellen Ressourcen nicht vorhanden sind. Sie hat deshalb auf die Unterbreitung eines Angebots verzichtet. Die beiden verbleibenden Kandidaten haben am 13. Januar 2025 im Gemeinderat ihre Angebote präsentiert und auch Fragen dazu beantwortet. Der Gemeinderat hat sich im Anschluss an diese Auftritte dafür entschieden, dass er sich durch die Federas Beratung AG bei der Erarbeitung der Gemeindeentwicklung begleiten lassen will. Das ist ein einfacher Beschluss des Gemeinderates, zugunsten der Federas Beratung AG. Zu den Fragen, waren die Abteilungsleitenden dabei? Bereits bei der SWOT-Analyse oder erst zum Schluss? Ich zeige hier gerne auf wie die einzelnen Schritte ausgesehen haben. Im Februar haben die Gemeinderatsmitglieder den Gemeindeprofilografen ausgefüllt, der Gemeindeprofilograf wird vom Kanton zur Verfügung gestellt. Dieser bietet den Rahmen für eine umfassende Lagebeurteilung aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung. Das Tool ermöglicht es, die Stärken und Schwächen einer Gemeinde in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft und auch im Bereich Gemeindesteuerung systematisch zu analysieren. Die Beurteilung der Gemeinde erfolgt anhand von 125 Indikatoren, die von den geschätzten Mitgliedern des Gemeinderates jedes einzelne beurteilt worden ist. Die Ergebnisse der ausgefüllten Gemeindeprofilografen haben wir am 10. März 2025 im Gemeinderat zusammengetragen und besprochen. Diese Einschätzungen bildeten die Grundlage für die weiteren Arbeiten an der Gemeindeentwicklung. Am 27. und 28. März 2025 hat der Gemeinderat im Rahmen einer Klausur das Zukunftsbild und die Legislaturziele im Entwurf erarbeitet. Weil das kantonale Gemeindegesetz ausdrücklich die Führung der Gemeinde dem Gemeinderat zuweist, sind die Abteilungsleitenden erst am zweiten Tag dazugekommen. Der Gemeinderat hat es also für sich beansprucht, die Grundlage für diese Papiere zu schaffen. Im Anschluss an diese Klausur ist das entworfene Zukunftsbild und die Legislaturziele dann den Departementen, den Verwaltungsabteilungen und auch den politischen Parteien zur Vernehmlassung zugestellt worden und man hatte dann bis Ende Mai Zeit, eine Stellungnahme dazu einzureichen. Diese wurden geprüft und eingepflegt. Am Schluss wurden dann noch im Rahmen von zwei Gemeinderatssitzungen die Zielwerte 2029 behandelt. Das ist das Verfahren, das wir da durchlaufen haben. Ich komme zu den Fragen zu den Zielwerten: Bei den Angeboten der Erwachsenenbildung und der Deutschkurse wollen wir bewusst eine Zunahme der Nachfrage erreichen. Wir wollen keine Stagnation und wir wollen keine Abnahme, sondern wir wollen bewusst, unter Einsatz der passenden Mittel, eine zunehmende Nachfrage sicherstellen. Für Mathematiker würde das heissen, dass die Ableitung positiv ist. Aus meiner Sicht ist das ein gutes und absolut messbares Ziel. Zum

Legislaturziel "Die interkommunale Zusammenarbeit wird gefördert". Da ist der Zielwert bekanntlich "Die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sind abgeklärt". Dieses Ziel entspricht einer neuen Haltung des Gemeinderates. Bisher waren wir offen für Zusammenarbeiten mit anderen Gemeinden. Das heisst, wir haben eher eine abwartende passive Rolle übernommen. Neu wollen wir aktiv derartige Zusammenarbeiten anstreben. Die Zusammenarbeit mit Münsingen im Bereich Zivilschutz, die wir ja bekanntlich im Juni hier im Parlament behandelt haben, ist ein erstes Ergebnis dieser neuen Haltung des Gemeinderates. Das Ziel ist so zu verstehen, dass bis Ende Legislatur durch uns alle möglichen Zusammenarbeiten mit anderen Gemeinden geprüft und abgeklärt sind, also ein ziemlich umfangreiches Ziel.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Ich komme wegen den Insekten. Eigentlich ist es nicht so lustig, wie es tönt. Als Basis nehmen wir eine Kartierung, wo wir aufgenommen haben. Das heisst, ein Fachmann ist durch die Gemeinde durchgezogen und hat geschaut, was herumkreucht. Dazu haben wir nachher einen Bericht bekommen über den Zustand, aber auch über Massnahmen zur Verbesserung von unseren Insekten, wie wir das umsetzen können, das ist die Basis. Das haben wir einmal am Gewässer entlang gemacht und einmal auf dem übrigen Gemeindegebiet. Der Bericht zeigt uns in ein paar Jahren, wenn wir die Massnahmen machen, ob es besser wird mit den Insekten. Der Bericht ist bewusst nicht öffentlich, nicht weil er so schlecht ist, aber ehrlich gesagt, ist er auch nicht besser als in der restlichen Schweiz. Sondern es gibt tatsächlich in Worb seltene Arten oder fast ausgestorbene Arten, Tiere und aber auch Pflanzen, die sie gefunden haben und darum sollte man da nicht alle Leute darauf aufmerksam machen, dass sie dort nachher herumtrampeln, ausserdem sind einige Standorte auch auf privatem Grund. Man kann aber jederzeit auf die Verwaltung kommen und den Bericht anschauen.

Hodler Adrian, SP: Die SP-Fraktion hat sich das Zukunftsbild und die Legislaturziele 2025 bis 2029 vom Gemeinderat auch angeschaut und ich werde mich gerade zu beiden Dokumenten äussern. Der Gemeinderat schreibt, dass das Zukunftsbild, die Schwerpunkte und die Legislaturziele in einer Klausur erarbeitet wurden. Wir haben vorher auch noch genaueres zu dieser Erarbeitung gehört. Wir von der SP begrüssen es, wenn sich der Gemeinderat bewusst Zeit nimmt, sich Gedanken zur Zukunft unserer Gemeinde zu machen. Das Zukunftsbild kann man zusammenfassen mit "gäng wie gäng". Es steht im Grossen und Ganzen das Gleiche drin wie schon im letzten Zukunftsbild und im vorletzten Zukunftsbild. Darum kann ich auch wiederholen, was ich schon vor vier Jahren an dieser Stelle gesagt habe. Das Zukunftsbild bildet im Wesentlichen den Ist-Zustand ab und ist eigentlich derart allgemein gehalten, dass es auf praktisch jede Agglomerationsgemeinde der Schweiz passen würde. Im Vergleich zum letzten Zukunftsbild sind uns aber doch einige Änderungen aufgefallen, so enthält das neue Zukunftsbild Ausführungen zur Gemeinde als attraktive Arbeitgeberin, zu digitalen Dienstleistungen und wie man gehört hat, zur aktiven Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen und Organisationen. Das begrüssen wir sehr. Hingegen soll Worb gemäss dem neuen Zukunftsbild in 20 Jahren offenbar nicht mehr Energiestadt sein und vor allem findet auch der Grundsatz der inneren Entwicklung im Siedlungswesen keine Erwähnung mehr. Warum der Gemeinderat der inneren Verdichtung keine Priorität mehr zumessen will, ist für uns nicht ganz verständlich. Zu den Legislaturzielen: Aus Zeitgründen werde ich mich nicht zu jedem einzelnen Legislaturziel äussern und auch in Bezug auf die Frage, ob die Ziele SMART formuliert sind, möchte ich auf das fundierte Urteil von Marco Jorio verweisen. Ich möchte noch ein paar Punkte hervorheben, die uns aufgefallen sind. Zunächst, viele dieser Ziele und Zielwerte unterstützen wir, etwa dass das Vereinsleben gefördert werden soll oder, dass man die Entsiegelung vorantreiben will. Wir haben allerdings auch festgestellt, dass das eine oder andere nicht so zusammenpasst, so sollen zum Beispiel gemäss Botschaft die Legislaturziele einen ersten Schritt auf dem Weg hin zu dem Zukunftsbild aufzeigen. Wenn wir zum Beispiel den ersten Schwerpunkt von diesen Legislaturzielen - die Mobilität - nehmen, so muss man dazu sagen, dass im Zukunftsbild das Thema Verkehr/Mobilität mit keinem einzigen Wort erwähnt wird. Gemäss Legislaturziel soll der öffentliche Verkehr in der Gemeinde gefördert werden. Der Gemeinderat hat sich aber aktiv gegen die Einführung von einem Ortsbus gewehrt. Ein weiteres Beispiel: Als Legislaturziel soll das breite Kultur- und Freizeitangebot von der Gemeinde gepflegt werden. In der nachher zu behandelnden Botschaft zur Einführung der KulturLegi spricht der Gemeinderat davon, dass Worb kein breites Kultur- und Freizeitangebot aufweise. In den Legislaturzielen finden sich also doch ein paar Widersprüchlichkeiten. Darüber hinaus ist uns auch noch aufgefallen, dass Ziel und Zielwerte nicht immer kohärent sind. Ich komme wieder auf das Beispiel des öffentlichen Verkehrs zurück. So besteht das entsprechende Legislaturziel darin, dass der öffentliche Verkehr den Bedürfnissen entspricht und rege genutzt wird. Der dazugehörige Zielwerte für 2029 heisst, das Angebot des

öffentlichen Verkehrs ist gleich oder wurde ausgebaut. Aber Angebot und Nachfrage gehen nicht notwendigerweise Hand in Hand. Man könnte zum Beispiel den öffentlichen Verkehr massiv ausbauen, auch wenn niemand die Verbindungen brauchen würde, wäre der Zielwert erfüllt, das eigentliche Ziel wäre aber meilenweit verfehlt worden. Uns sind noch weitere solche Beispiele aufgefallen, aber meine Redezeit neigt sich langsam dem Ende zu. Darum gehe ich nicht weiter darauf ein. Abschliessend und zusammenfassend muss ich im Namen der SP-Fraktion sagen, dass aus unserer Sicht das Zukunftsbild und die Legislaturziele ein bisschen mager ausgefallen sind, gerade wenn man eben weiss, dass der Gemeinderat professionelle Unterstützung bei der Erarbeitung hatte. Wir hoffen aber, dass der Gemeinderat im Lauf der Legislatur vor allem durch die tatkräftige Umsetzung dieser Ziele in Erscheinung tritt. Wir nehmen die beiden Dokumente zur Kenntnis.

Burkhard Urs, Grüne: Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung und Aufbereitung der Legislaturziele 2025 – 2029 und des Zukunftsbildes. Im Vergleich zu den Legislaturzielen 2021 – 2025 fällt das Fehlen der übersichtlichen und themenspezifischen Massnahmenblätter zur Erreichung der gesetzten Ziele auf. Entsprechende Massnahmenblätter pro Jahr werden zwar erwähnt und auch in Zukunft zugesichert, allerdings geht dadurch eine gewisse Übersicht, die klare Nachvollziehbarkeit und ebenso Transparenz verloren. Eindeutige und klare Zielwerte lassen sich nicht für alle Bereiche definieren, dennoch sind einige Zielwerte kritisch zu hinterfragen. Zum Beispiel könnten Ziele bei der sozialen Gerechtigkeit nicht als angestiegene Nachfrage festgelegt werden, sondern es könnte heissen, die Anzahl Teilnehmende soll durch ein attraktives Angebot gesteigert werden. Nichtsdestotrotz sind viele Ziele gut, insbesondere bei unseren Schwerpunkten Mobilität, Energie, Klima und der Biodiversität. Wir hätten uns weiter gewünscht, dass der Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit stärker gewichtet und breiter gefasst worden wäre. Es geht nicht nur um die Pflege von Kultur und Freizeit, sondern um deren aktive Förderung. Da haben wir in unserer Gemeinde Nachholbedarf. Niederschwellige Angebote für einen generationenübergreifenden Austausch - wo ist die Idee Generationenhaus geblieben -, Lokalisationen für junge Erwachsene ohne Konsumzwang und weitere Orte zum Verweilen täten unserer Gemeinde gut und würden die Standortattraktivität erhöhen. Mit den formulierten Zielen sind wir dennoch einverstanden. Ambitioniertere Ziele hätten wir sehr begrüsst.

Stucki Daniel, FDP: Ich habe mir die Mühe gemacht, ein paar Zukunftsbilder und Zukunftsziele von anderen Gemeinden auch noch zu lesen und kann sagen, das Zukunftsbild von Worb zeigt, wo wir hinwollen. Eine Gemeinde, die freundlich, wirtschaftsoffen, nachhaltig und attraktiv ist. Freundlich bedeutet für mich, hier haben Engagement, Vereine und Eigeninitiativen Platz. Unser Dorfleben lebt nicht von Plätzen und Reglementen, sondern von Leuten, die anpacken. Wirtschaftsoffen heisst, wir trauen unseren Unternehmerinnen und Unternehmern etwas zu, sie schaffen Arbeitsplätze und Innovation. Unsere Aufgabe ist es jetzt, ihnen die Freiheiten zu geben. Nachhaltig verstehen wir als Chance, mit Technologien und neuen Ideen können wir Klimaschutz und Wohlstand vereinen, ohne Bevormundung, dafür mit Pioniergeist. Attraktiv heisst eine moderne Verwaltung, die den Menschen dient und eine Finanzpolitik, die Leistung belohnt. So bleibt Worb konkurrenzfähig und lebenswert. Das Motto Worb verbindet uns bringt es auf den Punkt. Wir wollen eine Gemeinde, die nicht spaltet, sondern Chancen eröffnet. Freiheit, Verantwortung und Fortschritt, das sind Pfeiler, auf denen ein Zukunftsbild stehen sollte. Wir begrüssen das Zukunftsbild der Gemeinde als eine anständige Grundlage für eine moderne und zukunftsorientierte Entwicklung, sehen jedoch Potenzial in der Förderung von Marktfreiheit und wirtschaftlicher Eigenverantwortung. Die Wirtschaftsförderung, die nachhaltige Entwicklung und die digitale Transformation sind unsere zentralen Anliegen. Der Fokus sollte auf marktgerechte Lösungen, wettbewerbsfähige Steuersätze und einer effizienten Verwaltung liegen, die die individuellen Freiheiten und unternehmerische Initiativen stärken. Die FDP ist der Überzeugung, dass Worb der unternehmerischen Freiheit, innovative Lösungen und eine flexible marktorientierte Herangehensweise die Herausforderungen der Zukunft meistern kann, ohne dabei die Wettbewerbsfähigkeit und die Eigenverantwortung zu gefährden. Das Zukunftsbild ist insgesamt ein positiver Schritt in die richtige Richtung, aber die FDP wird weiterhin darauf drängen, dass die liberalen Prinzipien von Wettbewerb und Freiheit im Mittelpunkt der Gemeindepolitik stehen werden, dass wir Worb als moderne, lebenswerte und wirtschaftlich starke Gemeinde weiter erhalten können. Zu den Legislaturzielen: Die Legislaturziele des Gemeinderates setzen wichtige Schwerpunkte und viele davon tragen wir von der FDP mit. Wir begrüssen insbesondere den Fokus auf stabile Finanzen und zumindest die Absicht auf wettbewerbsfähige Steuern. Das ist zentral, damit Worb auch in Zukunft attraktiv bleibt. Wir begrüssen die Schaffung von Wohn- und Gewerbezone, die uns Wachstum und neue Arbeitsplätze ermöglichen. Und wir begrüssen die Förderung von Bildung und Integration, wo Chancen schafft und Eigenverantwortung

stärkt, gleichzeitig mahnen wir zur Verhältnismässigkeit. Flächendeckende Tempo-30-Zonen oder überambitionierte Umweltauflagen dürfen nicht dazu führen, dass die Mobilität eingeschränkt wird oder die Kosten aus dem Ruder laufen. Wir wollen Ökologie, aber mit Augenmass, technologieoffen und wirtschaftsfreundlich. Die Ziele sind eine solide Grundlage. Entscheidend ist es jetzt, sie effizient und praxisnah umzusetzen im Interesse von unseren Bürgerinnen und Bürgern, unseren Unternehmen und den kommenden Generationen. Über die Zielformulierungen will ich mich jetzt hier nicht äussern, das haben wir schon genug gemacht, aber ich habe mir auch die Mühe gemacht, einmal ein Papier zu erarbeiten mit einem Bereich Gesellschaft. Ich gebe das nachher dem Gemeindeschreiber ab. Vielleicht bringt es etwas für die nächsten Zielformulierungen. Ich komme zum Fazit, dann bin ich fertig. Die Legislaturziele der Gemeinde Worb stimmen insgesamt sehr gut mit dem Zukunftsbild überein, besonders im Bereich Mobilität und Nachhaltigkeit und der Wirtschaft sind die Ziele klar auf die gewünschte Entwicklung ausgerichtet. Aus unserer Sicht könnte eventuell noch ein bisschen mehr auf intergenerationelle Programme und Innovationen in der Wirtschaft fokussiert werden. Wir würden uns freuen, wenn die Gemeinde eine zukunftsfähige, marktorientierte Strategie verfolgen würde, die auf wirtschaftliche Freiheit, Innovation und die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzt, dass wir Worb als moderne, wirtschaftlich starke und nachhaltige Gemeinde weiterentwickeln können.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Also ich habe nur zwei ganz kleine Bemerkungen. Die Massnahmen haben wir bewusst jetzt noch nicht mitgegeben. Im Rahmen der Vorschau werden diese nachher dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt. Wir haben gemerkt, dass es nicht wahnsinnig seriös ist, wenn man über ganze vier Jahre definiert, was für Massnahmen, dass man dann irgendwann im Verlauf der Legislatur machen will. Das ist etwas, wo man zeitnah einfach für das kommende Jahr anschauen muss. Zweitens, danke vielmals für die Rückmeldungen. Wir haben extra deswegen die Vernehmlassung auch bei den Parteien durchgeführt, dass ihr eine Stellungnahme abgeben könntet zu dem Stand der Legislaturplanung, wie sie damals war. Die Rückmeldungen sind gekommen, aber nicht so wahnsinnig breit gestreut, aber wie auch immer, nutzt solche Gelegenheiten, um eure Stellungnahme abzugeben.

Papierweise Beratung

Zukunftsbild

Keine Wortmeldungen.

Legislaturziele 2025 – 2029

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir haben eine Feststellung und Fragen und zwar nur zum Departement Umwelt Punkt eins: Die SVP-Fraktion ist weiterhin gegen das Label Energiestadt Gold. Die Verhältnismässigkeit zwischen Kosten und Nutzen ist aus unserer Sicht nicht gegeben. Andere Gemeinden haben das bereits eingesehen, bei uns dauert es offensichtlich noch einen Moment. Punkt zwei: Der Gemeinderat hat als Zielwert definiert, dass der jährliche Trinkwasserverbrauch für die Bewässerung in der Landwirtschaft halbiert ist. Das hat in unserer Fraktion natürlich Fragen ausgelöst. Erstens fragen wir uns, warum der Wasserverbrauch für die Bewässerung in der Landwirtschaft überhaupt halbiert werden muss. Und zweitens haben wir uns auch gefragt, wie man das Halbieren angehen will. Glücklicherweise haben sich Adrian und ich bereits heute am Telefon vorbesprochen. Eine relativ umfangreiche und komplexe Thematik musste in den Legislaturzielen sehr kurz beschrieben werden, ihr habt es gelesen. So kurz, dass das auf unserer Seite, gelinde ausgedrückt, Erstaunen ausgelöst hat. Nun, Adrian wird die Fragen kompetent beantworten. Wir haben das heute Vormittag zusammen abgemacht. Ich möchte aber trotzdem noch ein paar Worte anfügen zu diesem Thema. Der WVRB schreibt in seinen Richtlinien, dass das Trinkwasser explizit den Bauzonen zur Verfügung stehen soll. Da bin ich der Meinung, da müsste der WVRB noch einmal ein bisschen überlegen. Denn es gibt ausserhalb der Bauzonen auch Trinkwasserverbraucher. Glücklicherweise haben wir aber in der Gemeinde Worb ein anderes Wasserelement. Ich bin mir der ganzen Problematik bewusst, möchte aber darauf hinweisen, dass das Einsetzen von Brauchwasser für die Bewässerung in der Landwirtschaft, was eigentlich der Fokus ist, gar nicht so einfach ist, man müsste fast ein zweites Wasserversorgungsnetz erstellen, wenn dann das Brauch- und Bewässerungswasser auch an irgendeinem Ort gerecht verteilt werden soll. Ich war schon und aktuell auch wieder in einem Quellenabstossprojekt drin, wo die Gemeinden oder andere Institutionen, solche Quellen abstossen. Dort geht es vor allem um Wasser, das nicht mehr gebraucht wird oder von schlechterer Qualität ist und so nachher

einer privaten Nutzerschaft übergeben werden kann. Die Herausforderungen sind gross, vor allem wegen den Gesetzen. Aufgepasst, wenn eine Quelle inklusive Infrastruktur einmal zurückgebaut ist, weil sie niemand mehr will, dann kann man die wiederum aus gesetzlichen Gründen nicht mehr wiedererwecken und irgendwie später wieder zu Bewässerungszwecken brauchen. Da rege ich persönlich ganz klar an, dass unsere Gemeinde dort eine aktive Rolle einnimmt und vor allem darauf achtet, ab heute, dass in naher Zukunft, das könnte eine erste Massnahme in die richtige Richtung sein, dass keine Quelinfrastrukturen zurückgebaut werden und so die Möglichkeit auf Wasser, um zu bewässern, vernichtet wird. Ich würde hier meine persönliche Unterstützung und Mithilfe anbieten, um solche Strategien zu entwickeln. Merci vielmals an Adrian für die Beantwortung von unseren Fragen. Wir nehmen sonst im gesamten gesehen das Leitbild und die Regierungsrichtlinien so zur Kenntnis.

Hauser Adrian, Departementvorsteher Umwelt: Danke, Hansueli, für deine Fragen und Bemerkungen. Zu diesem Thema habe ich ein bisschen gehofft, dass Fragen und Bemerkungen kommen. Du hast es schon angetönt, das ist ein ziemlich komplexes Thema und ich verstehe, dass es sehr kurz ist, wenn ein Legislaturziel in ein, zwei Sätzen beschrieben ist. Das ist natürlich nicht alles, sondern das sind Massnahmen, die dahinter stehen. Ich möchte trotzdem noch schnell die Gelegenheit nutzen, euch noch einmal zu erklären, wie sich der Wasserpreis zusammensetzt. Das ist der sogenannte Top 10-Wert. Das heisst, Ende Jahr werden in der Gemeinde Worb die 14 Tage ermittelt, wo die gesamte Gemeinde am meisten Wasser verbraucht hat. Die vier höchsten Werte werden gestrichen, da sind zum Beispiel Rohrbrüche, Feuerwehreinsätze und so weiter drin, dann bleiben noch die Top 10 Tage. 90% der Wasserbeschaffungskosten werden so abgerechnet, 10% über den Verbrauch, weil die Wassermenge und die Infrastruktur so ausgelegt ist, dass man die Top 10-Tage beliefern kann. Ein Ziel ist auch, dass wir die Top 10-Werte herunterbringen. Wir haben im Vergleich mit anderen Gemeinden hohe Spitzentage. Aber nicht falsch verstehen, da ist sicher nicht die Landwirtschaft alleine schuld. Längere und heissere Trockenperioden haben aber dazu geführt, dass die Landwirte immer öfter ihr Kulturland bewässern müssen, weil Ernteauffälle will niemand und da müssen Lösungen gefunden werden. Hansueli hat es schon erwähnt, wie die Richtlinien in der öffentlichen Wasserversorgung sind, die Bevölkerung in Bauzonen mit Trink-, Brauch- und Löschwasser zu versorgen, die ganze Infrastruktur und auch die Wassermenge ist nicht ausgelegt, dass man ganze Felder bewässern kann. Hansueli hat es erwähnt, wir in der Gemeinde haben nicht so ein strenges Reglement und wenn man es beim Brunnenmeister anmeldet, bekommt man eine Wasseruhr und kann Wasser beziehen ab dem Hydranten. Ich glaube in Zukunft wird es, nicht besser mit diesen Trockenperioden, darum müssen wir einerseits den Trinkwasserverbrauch senken, aber andererseits der Landwirtschaft andere Möglichkeiten zur Wasserbeschaffung aufzeigen und das wäre in den Massnahmen. Die Massnahmen werden natürlich zusammen mit der Landwirtschaft ausgearbeitet, da komme ich sicher auf dich zurück, ich hatte schon erste Gespräche mit dem Ackerbaustellenleiter und das Bedürfnis nach Wasser ist sicher da. Die Massnahmen werden sein, wie gesagt, die Nutzung von bestehenden Quellen wird anspruchsvoll sein, wir haben noch Quellen im Gemeindebesitz, die aber schon lange nicht mehr gebraucht werden und es gibt ein Quelleninventar des Kantons Bern, wo man Worb anklicken kann und dann sieht man, wo welche Quelle ist. Zumindest jene, die erfasst sind. Nachher haben wir auch noch die Hangwasserproblematik Rüfenacht. Dort sind Quellenüberläufe, Drainagen, Regenwasser, wo einfach in die Kanalisation abläuft, über Vielbringern nach Worb gepumpt wird und durch die ARA abgelassen wird. Ich denke, da gibt es sicher auch sinnvollere Lösungen. Mit diesen und weiteren Massnahmen können wir sicher zusammen mit der Landwirtschaft Wasser nicht finden, aber zur Verfügung stellen. Eine Massnahme, wo ich schon ziemlich weit bin und wahrscheinlich nächste Woche schon dem Gemeinderat vorlegen kann, betrifft unser Grundwasser im Worboden. Im Zuge des Beitritts zum WVRB haben wir sämtliche Primäranlagen und Bauwerke abgetreten. Für das Pumpwerk 1 im Worboden, das ist das alte kleinere Häuschen, hat der WVRB keine Verwendung, deshalb wollen wir dieses wieder zurücknehmen für einen Franken. Wir haben es damals für einen Franken verkauft. Einen Franken wieder zurückzahlen, damit der Zugang dort zum Grundwasser sicher wieder in unseren Händen ist. Ihr seht, wir wollen nicht einfach den Hahn abdrehen, dann gibt es kein Wasser mehr, sondern wir wollen zusammen Lösungen erarbeiten und schliesslich profitieren wir nachher alle von einer guten Landwirtschaft. Das ganze Thema ist komplex und bis jetzt habe ich noch nicht einmal das Thema Schwammstadt angeschnitten.

Feststellung:

Das Parlament nimmt das Zukunftsbild und die Legislaturziele 2025 – 2029 des Gemeinderates zur Kenntnis.

"Einführung der KulturLegi", Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 7	Beschlussnummer 2025/28-40	Geschäftsnummer 39208	Archivnummer 14/11
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Mosimann Heidi, Grüne: Die Grüne Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für die Stellungnahme und die seriöse Abklärung. Wir freuen uns, dass er vorschlägt, das Postulat als erheblich zu erklären und bereit ist, dieses umzusetzen. Wir hoffen, dass wir mit unseren faktenbasierten Argumentationen auch das Parlament überzeugen können und das ein Angebot eingeführt wird, das alle umliegenden Gemeinden bereits haben. Worb ist die grosse Ausnahme. Die KulturLegi ist ein persönlicher Ausweis, der Einzelpersonen und Familien mit bescheidenem Einkommen Vergünstigungen gewährt von 30 bis etwa 80 Prozent und zwar bei spezifischen Angeboten in den Bereichen Kultur, Sport, Einkaufen, Freizeit, Bildung und Gesundheit. Die KulturLegi können grundsätzlich Einzelpersonen mit einem Einkommen von bis zu 42'000 Franken, Familien mit zwei Kindern bis 81'000 Franken und Ehepaare 61'000 Franken beantragen. Die KulturLegi erhöht nicht nur die soziale Teilhabe und entlastet Eltern finanziell, sondern auch Rentnerinnen und Rentner mit Ergänzungsleistungen, AHV-Bezügerinnen und Bezüger, die unter diesem Limit sind. Immerhin beträgt die Altersarmut im Kanton Bern 11,5%. Angebote kommen auch Alleinstellenden zugute, einer Verkäuferin mit Teilzeitarbeit, einer Bäuerin etc. und sie ermöglicht Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit wenig Einkommen, sinnvolle Angebote zu nutzen. Klar, vielleicht müssen sie dafür einmal nach Bern, aber besser ein sinnvolles Angebot als in Worb herumhängen. Die KulturLegi deckt eine verhältnismässig breite Bevölkerung ab. Der Gemeinderat hat es schon erwähnt. Die Evaluation zeigt ganz klar, dass über 60% der Bezügerinnen und Bezüger die Karte auch im zweiten Jahr weiter führen, auch wenn sie etwas kostet. Dies gilt, anders als im Bericht erwähnt, auch für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, auf jeden Fall für den Kanton Bern, wie mir die Leiterin der KulturLegi bestätigt hat. Die Gemeinde Worb ist noch nicht Mitglied und daher ist es logisch, dass es noch nicht viele Angebote gibt. Es gibt die Bibliothek, die Vechiger kriegen eine Reduktion in der Bibliothek Worb, die Worber nicht. Es gibt aber auch andere Angebote, das Atelier von Beatrix Vuille, die Shiatsu Schule, das Carvelo zum Beispiel oder nicht weit entfernt von hier das Sensorium. Wie erwähnt gibt es auch die ortsungebundenen Angebote wie ein Zeitungsabonnement von "Wir Eltern". Die über 400 Angebote in Bern-Mittelland zeigen auf, wo es in Worb auch potenzial geben könnte. Es wird dafür eine gewisse Werbung nötig sein. Die Caritas selber hilft jeweils aktiv Organisationen zu finden. Es müssen nicht nur soziale Organisationen sein, sondern auch das Gewerbe könnte hier einbezogen werden. Was das Sparen betrifft: Wir werden unter Traktandum 9 eine Kreditabrechnung zur Kenntnis nehmen mit einer Kreditüberschreitung von 12'000 Franken, also zwei Jahre KulturLegi oder Ausgaben von über 250'000 Franken umgerechnet etwa 35 Jahre lang die KulturLegi. Das sind vielleicht nicht ganz naheliegende Beispiele, aber trotzdem, es gibt wahrscheinlich selten ein Angebot wie die KulturLegi, mit dem die Gemeinde für so wenig Geld, es sind 7'000 Franken im Jahr, für einen nicht unbedeutlichen Teil ihrer Bevölkerung und die, die es eigentlich am nötigsten haben, etwas tun kann. Die Gemeinde selber wird so nebenbei auch noch ein bisschen attraktiver für andere, aber keine Angst, Armutsbetroffene werden nicht in Scharen nach Worb ziehen, das verhindern schon die Mietzinse. Ich hoffe, unsere Argumente konnten euch überzeugen.

Stähli Naemi, Mitte/GLP: Wir von der Mitte/GLP-Fraktion danken der Grünen-Fraktion für das Postulat zur Einführung der KulturLegi hier in Worb. Spätestens nach dem zusätzlich erhaltenen Dokument verfasst von Myriam Gerber zur Relativierung der Kontraargumente des Gemeinderats zur Einführung der KulturLegi hat sicher jedes Mitglied vom Parlament das Herzblut der Grünen-Fraktion für dieses Postulat verstanden und gespürt. Dass alle Worber auch die Einkommensschwächeren gesellschaftliche Angebote wie zum Beispiel in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit und Bildung in ihrer näheren Umgebung nutzen können und die Möglichkeit haben, sich sozial zu integrieren, ist uns als Fraktion wichtig. Die Kosten, die die Einführung der KulturLegi aufwirft, sind mit 60 Rappen pro Einwohner im Jahr gering und zur Unterstützung der Einkommensschwächeren sinnvoll eingesetzt. Wir befürworten die Einführung der KulturLegi und beachten es als vernünftig, nach drei Jahren die effektive Nutzung dieser zu überprüfen und zu evaluieren.

Günther Charlotte, SP: Wir von der SP-Fraktion danken der Grünen-Fraktion für das Postulat. Du, Heidi, hast das Wichtigste bereits ausgeführt. Wir können uns nur anschliessen. Wir alle wünschen uns ein lebendiges Worb, das nicht nur Schlafstätte für Pendlerinnen und Pendler, sondern auch ein Ort des kulturellen und sozialen Lebens ist, und das ist es in vielerlei Hinsicht auch: Aktive Vereine, zahlreiche kulturelle und sportliche Angebote, Familien, Rentnerinnen und Rentner, Menschen mit den unterschiedlichsten Hintergründen, Einkommen und Vermögen. Zu unserem Anspruch und unseren Möglichkeiten gehört auch, dass die Gemeinde Worb für Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensrealitäten attraktiv ist und die Angebote in und um die Gemeinde herum möglichst vielfältig genutzt werden. Ob wir nun ein breites Angebot haben, welches die KulturLegi betreffen würde oder nicht, der Gemeinderat scheint sich diesbezüglich, wie wir heute schon einmal gehört haben, nicht ganz sicher zu sein, dies aber nur als Randbemerkung. Die Einführung in Worb lohnt sich. Angebote, die in der Gemeinde bereits bestehen, können genutzt werden und bei steigender Nachfrage kann man darauf aufbauen und das Angebot erweitern. Spätestens seit der Covid-Pandemie wissen wir, dass das Leben mehr ist als Essen, Arbeit und Schlaf. Die Teilhabe am öffentlichen sozialen Leben ist unglaublich wichtig für die Lebensqualität und auch für die Gesundheit von uns Menschen. Armutsbetroffene Menschen haben eine tiefere Lebenserwartung als Menschen mit höheren Einkommen und vor allem eine tiefere Lebenserwartung bei guter Gesundheit. Sie haben ausserdem oft einen schlechteren Zugang zu qualitativer gesundheitlicher Versorgung. Aufgrund ihrer finanziellen Situation stehen sie unter mehr Stress als die Leute, die keine Geldsorgen haben und sie haben einen erschwerten Zugang zu eben jenem kulturellen und sozialen Leben, welches für uns Menschen so wichtig ist. Auch ausserhalb davon haben Menschen mit der KulturLegi Ansprüche auf Vergünstigungen. Wir sehen somit bei der Einführung, dies bestätigen auch die Auswertungen, auch bei der konkreten finanziellen Situation eine Entlastung. Zusammengefasst können wir mit einer Investition, die im Vergleich zu anderen Budgetposten wirklich klein erscheint und es auch im Vergleich zu ihrem Nutzen definitiv ist, einen grossen sozialen Beitrag leisten. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat und wird der Erheblicherklärung zustimmen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Eingehend möchte ich mich beim Gemeinderat herzlich bedanken und ihm ein Kränzchen winden. In der Botschaft sticht die ausgewogene Berichterstattung heraus, das heisst, Pro und Kontra-Argumente sind aus Sicht des Gemeinderates aufgelistet, das freut uns. Zugegeben stürzen uns die jährlich 7'000 Franken nicht gerade ins finanzielle Elend. Und auch wir von der SVP erachten eine solide Basisunterstützung von bedürftigen Menschen in unserer Gemeinde als sinnvoll. Ein bisschen mehr Mühe haben wir mit dem System. Aufgelistet unter den Voraussetzungen für eine Berechtigung sind: Sozialhilfe, Stipendien, Familienergänzungszulagen, Ergänzungsleistungen bei AHV und IV und Krankenkassenprämienverbilligungen. Da stellen wir uns die Frage, sind denn gerade diese Unterstützungen nicht kostendeckend ausgelegt, dass es hier noch ein weiteres System braucht? Warum das Ganze nicht ein bisschen einfach halten, anstatt mit verschiedenen Systemen alles aufwendiger und komplizierter machen? Es wird auch von Autonomie gesprochen. Ist denn die Autonomie nicht am grössten, wenn über die bereits bestehenden Leistungen, die bezogen werden können, unterstützt wird? Also hat so nicht die Bezügerschaft eigentlich die grösste Autonomie, wenn sie über die Basisunterstützung, die ich oben erwähnt habe, mit diesen Mitteln, die sie bekommt, einfach machen kann, was sie will? Wie am Anfang bereits erwähnt, auch wir sind für die Unterstützung von Bedürftigen. Und auch wir sind mit ein paar Pro-Argumenten sogar einverstanden. Wir wollen das Ganze aber nicht noch komplizierter machen und wir folgen grossmehrheitlich dem Gemeinderat nicht und stimmen für nicht erheblich.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Das Postulat forderte den Gemeinderat auf, die Einführung der KulturLegi in der Gemeinde Worb zu prüfen. Üblicherweise wird diese Prüfung erst vorgenommen, wenn das Postulat überwiesen wird. Eigentlich wären wir jetzt in der Situation, wo der Gemeinderat den Auftrag erhalten würde, diese Angelegenheit zu prüfen. Der Gemeinderat hat aber schneller gehandelt und diese Prüfung bereits vorgenommen. Er hat die Argumente dafür und dagegen aufgelistet, ohne die Überweisung durch das Parlament abzuwarten. Der Gemeinderat hat den Prüfauftrag, der hinter diesem Vorstoss steckt, damit bereits erfüllt. Es gibt nichts Weiteres zu prüfen. Der Vorstoss hat seine Wirkung erfüllt und er kann abgeschrieben werden. Der Gemeinderat hat gesagt, aus seiner Sicht könnte man das durchaus einführen, also kann man diesen Vorstoss getrost jetzt abschreiben, weil er seine Wirkung erfüllt hat. Der Gemeinderat hat die Prüfung vorgenommen, wie gesagt, er hat die Argumente aufgelistet und hat auch eine eigene Haltung dazu vorgenommen. Nein, ein

Geschäft dazu wird nicht mehr ins Parlament kommen, da die 7'000 Franken in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Aber wie gesagt, wir haben uns dieser Angelegenheit gestellt. Jetzt könnt ihr selber entscheiden. Ich empfehle euch der Abschreibung zuzustimmen.

Beschluss:

Das Postulat der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Einführung der KulturLegi" wird als erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

"Bibliothek Rüfenacht - neue Überbauung bietet neue Chancen", Postulat der EVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 8	Beschlusnummer 2025/28-41	Geschäftsnummer 39207	Archivnummer 16/71
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Cetin Mayk, EVP: Wir danken dem Gemeinderat für die Beurteilung. Ich habe jetzt die Argumente gesehen. Wir haben das auch in der Bildungskommission schon diskutiert und ich glaube, die Vorteile liegen recht stark auf der Hand, vor allem der mangelnde Platz in Rüfenacht ist aktuell ein Dauerthema und mit dem könnten wir effektiv auch dort eine gute Lösung finden. Nichtsdestotrotz haben wir auf der anderen Seite eine Bibliothek im Dorfzentrum, wie wir sie auch hier haben. Die Verschiebung in Worb hat auch gezeigt, dass die Besucherzahlen auch entsprechend gestiegen sind. Wir haben wirklich versucht, irgendwo noch einen Nachteil zu sehen. Der einzige effektiv mögliche Nachteil wäre, dass die Schulkinder länger laufen müssten, wobei die Realität zeigt, dass man sich auch direkt bei der Bibliothek treffen kann, was heute auch schon passiert.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/GLP: Die GLP und die Mitte sagen ganz klar ja zu diesem Postulat. Ich glaube, es macht Sinn, wenn man das prüft. Die Gelegenheit bekommt man nicht so schnell wieder. Gerade in Anbetracht dessen, dass es zu wenig Platz im Schulhaus hat. Wenn man das so sieht, ist das vielleicht nicht so schlimm, aber wenn man es selbst erlebt, wenn die Kinder zu wenig Platz haben, dann ist das für alle ganz eine leide Geschichte. Für uns ist aber wichtig, wenn man die Bibliothek zügeln würde. Dann sind die Schulkinder eben weiter weg. Es muss sichergestellt werden, dass die Kinder, und zwar alle zusammen, nicht auf privater Basis, sondern noch von der Schule her, Kontakt bekommen mit dieser Bibliothek. Dass man diese gemeinsam auch besucht, sonst könnte es so herauskommen, dass dann vielleicht nur die gehen, die sowieso schon lesen und Kontakt mit Büchern haben und die anderen kommen gar nicht dazu. Das ist uns sehr wichtig.

Marthaler Matthias, SP: Ich vertrete heute Abend Fred. Und ihm ist es ganz wichtig gewesen, zu sagen, dass dies eine gute Sache ist. Die EVP hat wirklich gut vorausgedacht. Genau jetzt ist der Zeitpunkt da, wo man solche Sachen, solche Überlegungen machen muss. Wichtig ist aber darauf zu achten, dass die Räumlichkeiten für alle Nutzer gut erreichbar sind. Dass der Ort attraktiv gestaltet wird und den Büchern also so auch eine gewisse Attraktivität gegenüber steht, dass man gerne dort hin geht und das über die nötigen Mittel verfügt wird. Die Begründung des Postulats ist natürlich sehr gut nachvollziehbar und die SP-Fraktion wird das Postulat dankend annehmen.

Günther Paula, Grüne: Im Namen der Grüne-Fraktion möchte ich mich herzlich bei der EVP-Fraktion für dieses intelligente und vorausschauende Postulat bedanken. Der Vorschlag der EVP zeigt aus bildungspolitischer und sozialer Sicht sowie unter den Gesichtspunkten der effektiven und attraktiven Raumplanung eine tolle Chance für Rüfenacht auf. Deswegen will die Grüne-Fraktion das Postulat als erheblich erklären.

Beschluss:

Das Postulat der EVP-Fraktion mit dem Titel "Bibliothek Rüfenacht – neue Überbauung bietet neue Chancen" wird als erheblich erklärt.

Einbau Gemeinschaftsraum Wattenwil-Bangerten; Kreditabrechnung; Kenntnisnahme

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 9	Beschlusnummer 2025/28-42	Geschäftsnummer 31966	Archivnummer 32/2/6
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	------------------------

Detailberatung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Die Aufsichtskommission hat die Kreditabrechnung behandelt und verzichtet auf eine nähere Prüfung. Die Aufsichtskommission stellt fest, dass seit der ursprünglichen Kreditgenehmigung sehr viel Zeit vergangen ist, es ist ja erst im 2020 verkauft worden und die Einweihung des Gemeinschaftsraums erfolgte erst im 2022. Die Sanierung war anspruchsvoll. Die Mehrkosten sind gut begründet. Wir empfehlen, die Kreditabrechnung so zur Kenntnis zu nehmen.

Maurer Rolf, SP: Ich möchte es kurz machen, denn hier geht es lediglich um eine Kenntnisnahme und um Vergangenheitsbewältigung. Die Anwesenden sind nicht die Verantwortlichen. Als Steuerzahler finden wir die vorliegende Abrechnung unbefriedigend. Sie ist für uns nicht nachvollziehbar. Unter anderem fehlt die Vorgeschichte komplett. Zum Beispiel der Rückweisungsantrag der SP vom 21. Juni 2021, der leider knapp abgelehnt wurde. Die Mehrkosten betragen 20'495 Franken, die Differenz zu den beantragten Krediten beträgt aber nur 12'887 Franken. Haben wir jetzt etwas gespart? Oder wurde der Kredit überzogen? Das ist unklar. Neben den hier ersichtlichen Differenzen stellen sich Fragen zum Datenmanagement der Gemeinde, zur Archivierung etc. Die ASK könnte einmal überlegen, ob man bei Gelegenheit nicht etwas genauer hinschauen müsste. Wie gesagt, es ist alles nur Vergangenheitsbewältigung, aber vielleicht ja eine Lehre für die Zukunft, wie es nicht gemacht werden sollte.

Hodler Adrian, ASK: Als Präsident der Aufsichtskommission nehme ich das Votum natürlich gerne entgegen und wir werden das an der nächsten Sitzung behandeln.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Im Votum der ASK ist aus unserer Sicht das Wichtigste erwähnt worden. Das ist sicher eines der nicht ganz einfachsten Projekte in der Vergangenheit gewesen, wo die Gemeinde Worb realisiert hat und ich habe den Eindruck, es ist immer noch nicht ganz einfach. Ich bin am Sonntag mit dem Velo vorbeigefahren und habe mir dort im Vorbeifahren überlegt, wie um Himmels Gottes Willen eigentlich der Gemeinschaftsraum zugänglich sein könnte, wenn von aussen X Autos plus ein Wohnmobil in LKW-Grösse den Eingang zu diesem Gemeinschaftsraum komplett versperren. Aber auch wir von der SVP nehmen die Kreditabrechnung mal so zur Kenntnis.

Beschluss:

1. Das Parlament nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Einbau Gemeinschaftsraum Wattenwil-Bangerten

Bewilligter Kredit	CHF	240'000.00
Beanspruchte Mittel	CHF	<u>252'887.65</u>
Kreditüberschreitung	CHF	<u>12'887.65</u>

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Erhalt und Förderung von bezahlbarem Wohnraum in der Gemeinde Worb"

Sitzung Nr. 434	Datum 08.09.2025	Traktandum 10	Beschlusnummer 2025/28-43	Geschäftsnummer 39714	Archivnummer 31/0/5
--------------------	---------------------	------------------	------------------------------	--------------------------	------------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen rechtlichen und planerischen Grundlagen zu erarbeiten, damit die Gemeinde Worb den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum aktiv fördern und bei Bedarf einfordern kann. Insbesondere sollen:

1. konkrete Massnahmen definiert werden, mit denen die Gemeinde bezahlbaren Wohnraum erhalten oder neu schaffen kann (z. B. Quotenregelungen, Baurechte, Anreize oder gemeindeeigene Strategien);

2. die notwendigen Anpassungen im Baureglement und in weiteren kommunalen Planungsinstrumenten vorbereitet und dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden, um die Förderung von bezahlbarem Wohnraum verbindlich zu verankern.

Konkret soll der Gemeinderat die Voraussetzungen schaffen, um:

- im Baureglement eine Definition von "bezahlbarem Wohnraum" zu verankern (die Mietkosten dürfen einschliesslich Nebenkosten nicht mehr als 25-30 % des monatlichen verfügbaren Einkommens eines Haushalts mit mittlerem bis niedrigem Einkommen ausmachen);
- bei grösseren Bauvorhaben (z. B. ab acht Wohneinheiten) eine Mindestquote für bezahlbaren Wohnraum festlegen zu können;
- Wohnbaugenossenschaften aktiv zu fördern - etwa durch Baurechte oder ein kommunales Vorkaufsrecht;
- Anreize für Investierende zu schaffen (z. B. durch erleichterte Ausnützungsziffern);
- soziale Durchmischung grösserer Überbauungen planerisch zu unterstützen.

Begründung: Haushalte mit einem tieferen verfügbaren Einkommen haben es oft schwer, in städtischen Gebieten und gut erschlossenen Agglomerationen Wohnraum zu finden, der nicht mehr als 25-30 % ihres Einkommens ausmacht. Die Wohnkosten in der Gemeinde Worb steigen stetig, während bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp wird. Besonders Familien, junge Erwachsene, Senior:innen und Menschen mit mittlerem und tiefem Einkommen finden immer schwerer geeigneten Wohnraum. Für den sozialen Zusammenhalt, die Lebensqualität und die Attraktivität von Worb ist es entscheidend, dass auch in Zukunft Wohnungen für alle Einkommensschichten zur Verfügung stehen. Worb soll ein Ort bleiben, an dem Menschen aus allen sozialen Schichten leben können."

Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Entwicklung der Verwaltungskosten und externe Dienstleistungen"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 434	08.09.2025	11	2025/28-44	39717	13/10

"Der Gemeinderat wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

- Wie hat sich die Zahl der Stellenprozente in der Verwaltung unserer Gemeinde in den letzten fünf Jahren im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum entwickelt?
- Wie beurteilt der Gemeinderat die Effizienz dieser Entwicklung im Vergleich zu anderen Gemeinden ähnlicher Grösse und Struktur?
- Welche externen Dienstleistungen (e.g. externe Gutachten, Beratungen) werden regelmässig eingekauft?
- Welche jährlichen Gesamtkostenfallen für externe Dienstleistungen an (aufgeschlüsselt nach Departementen)? (letzte 5 Jahre)
- Welche Kriterien legt der Gemeinderat fest, um zu entscheiden, ob eine Aufgabe intern durch Verwaltungspersonal oder extern durch spezialisierte Firmen/Büros ausgeführt wird?

Eine Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (Universität Luzern) zeigt, dass die Personalkosten von Bund, Kantonen und Gemeinden in der Schweiz zwischen 2008 und 2022 um 34,7 % gestiegen sind, während die Bevölkerung im gleichen Zeitraum nur um 16,4 % zugenommen hat. Besonders Agglomerationsgemeinden verzeichnen im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum ein starkes Stellenwachstum. Diese Entwicklung wirft auch für unsere Gemeinde Fragen auf: Einerseits besteht ein Anspruch der Bevölkerung auf qualitativ hochwertige Dienstleistungen. Andererseits muss die finanzielle Nachhaltigkeit gewährleistet bleiben. Zusätzlich werden vermehrt externe Dienstleistungen eingekauft, deren Umfang und Kosten für die Öffentlichkeit nicht immer transparent nachvollziehbar sind. Die FDP Worb setzt sich für eine schlanke, effiziente und zugleich bürgernahe Verwaltung ein. Transparenz über den Personalbestand und die Kosten für externe Dienstleistungen ist dabei zentral. Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, die gestellten Fragen zu beantworten."

Einfache Anfrage der SP-Fraktion mit dem Titel "Armut in Worb"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 434	08.09.2025	12	2025/28-45	39718	41/10

"Soziale Gerechtigkeit wird in den aktuellen Legislaturzielen wieder als zentrales Anliegen aufgeführt. Trotz wirtschaftlicher Stärke, leben auch im Kanton Bern Menschen unterhalb der Armutsgrenze - oft unsichtbar und gesellschaftlich ausgegrenzt. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, ältere Menschen und Erwerbstätige mit tiefem Einkommen. Armut ist nicht nur ein finanzielles Problem, sondern ein Indikator für soziale Ungleichheit und fehlende Teilhabe. In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Gesuche, sowohl um Steuererlass als auch um Reduktion, werden in Worb pro Jahr gestellt? Wir bitten um eine detaillierte Auswertung darüber, wie viele solcher Gesuche jährlich eingereicht wurden, wie sich der Trend über die Dekade darstellt und wie viele davon jeweils bewilligt bzw. abgelehnt wurden. Die Angaben sollen nach Jahren aufgeschlüsselt und sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kantonsebene ausgewiesen werden.
2. Wie viele Menschen sind aktuell betroffen von Armut in der Gemeinde Worb? Uns interessieren besonders die Anteile von Personen mit AHV- oder IV-Leistungen, Alleinerziehenden sowie Alleinerziehenden mit Kindern im gleichen Haushalt. Zusätzlich wird um eine vergleichende Darstellung gebeten, wie sich die Armutsquote und die genannten Gruppen im Verhältnis zu den Durchschnittswerten des Kantons Bern und der Schweiz insgesamt verhalten.
3. Wie werden Sozialhilfeleistungen steuerlich behandelt? Konkret interessiert, ob und in welcher Form Sozialhilfeleistungen als steuerbares Einkommen gelten und wie dies in der Praxis umgesetzt wird.
4. Wie ist der steuerliche Umgang mit dem gesetzlich garantierten Existenzminimum? Dabei soll insbesondere aufgezeigt werden, ob und wie dieses Existenzminimum bei der Berechnung von Unterstützungsleistungen, bei Rückforderungen oder bei der Festlegung von Lebenshaltungskosten berücksichtigt wird. Wie wird das Einkommen besteuert, dass minimal über das gesetzlich garantierte Existenzminimum hinaus geht?
5. Welche Angebote zur Schuldenberatung stehen in der Gemeinde Worb zur Verfügung? Uns interessieren die Unterstützungsleistungen und -angebote für Armutsbetroffene sowie für Personen, die potenziell von Überschuldung bedroht sind. Zusätzlich wird um eine Darstellung gebeten, welche präventiven Massnahmen zur Vermeidung von Verschuldung angeboten werden - etwa in Form von Informationsveranstaltungen, Budgetberatung oder Kooperationen mit externen Fachstellen. Abschliessend wird um eine Auskunft ersucht, wie hoch die jährlichen Ausgaben der Gemeinde für diese Angebote ausfallen.
6. Wie viele Personen sind der Armut entkommen? Wie viele ehemals unterstützungsbedürftige Personen — insbesondere Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger — heute wieder ohne staatliche Hilfe auf eigenen Beinen stehen. Dabei soll auch ersichtlich werden, welche Faktoren oder Unterstützungsangebote zur erfolgreichen Reintegration beigetragen haben."

Philipp Juliano
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 10. November 2025

Jürg Bigler
Sekretär